

Wagenknecht



JULI
2024

Nicht links oder rechts, sondern beides?

Das Bündnis Sahra Wagenknecht nach der Europawahl



Studienkomitees
für deutsch-
französische
Beziehungen
(Cerfa)

Thorsten HOLZHAUSER

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

ISBN: 979-10-373-0886-3

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2024

Bild: Kiel (Deutschland), 31.05.2024, Sahra Wagenknecht anlässlich einer Wahl der BSW für die Europawahl in Kiel auf dem Asmus Bremer Platz © penofoto/Shutterstock.com

Diese Veröffentlichung zitieren:

Dr. Thorsten Holzhauser, „Nicht links oder rechts, sondern beides? Das Bündnis Sahra Wagenknecht nach der Europawahl“, *Notes du Cerfa*, Nr. 178, Ifri, Juli 2024.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: Ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Marie Krpata und Jeanette Süß, Research Fellow, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autoren

Dr. Thorsten Holzhauser, geboren 1985 in Kaiserslautern, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart. Er wurde mit einer Arbeit zur politischen Integrationsgeschichte der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) im vereinten Deutschland promoviert (erschieden unter dem Titel Die „Nachfolgepartei“, Berlin 2019) und beschäftigt sich seither mit der Entwicklung der Partei Die Linke, mit der politischen Ideologie Sahra Wagenknechts und der deutschen Parteienlandschaft. Daneben arbeitet er zur Geschichte der liberalen Demokratie im 20. Jahrhundert und zur Diskursgeschichte politischer Belastung in Deutschland, Österreich und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zusammenfassung

Bei der Europawahl 2024 hat das neue „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) aus dem Stand 6,2 Prozent der Stimmen erzielt und wurde damit fünftstärkste Kraft in Deutschland – deutlich vor der Partei „Die Linke“, von der sich Wagenknecht im Winter 2023/24 abgespalten hat. Auch bei den im September anstehenden Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern werden der neuen Partei gute Chancen vorausgesagt, zweistellige Ergebnisse zu erzielen. Das deutsche Parteiensystem lernt damit einen neuen Akteur kennen, der aber zahlreiche Fragen aufwirft: Handelt es sich bei dem BSW um eine linke Partei – oder gar um eine rechte, wie Kritikerinnen und Kritiker konstatieren? Wen möchte die neue Formation ansprechen und mit welchen Positionen? Kurz: Wofür steht die Partei, was sind ihre Ziele und welche Rolle kann sie in Zukunft spielen? Die Studie analysiert die Programmatik des BSW, die sich aus Elementen unterschiedlicher ideologischer Traditionen zusammensetzt, und fragt nach den leitenden Ideen, den strategischen Zielgruppen und nach dem Führungspersonal der Partei. Schließlich werden die ersten Wahlergebnisse sowie Aussichten der Partei in einer sich wandelnden Gesellschaft diskutiert.

Abstract

The 2024 European elections not only provided the occasion for a new German party, the “Bündnis Sahra Wagenknecht” (BSW), to emerge but also to obtain 6.2% of the vote. With this result, BSW ranks fifth among German political parties, clearly ahead of “Die Linke,” the former party from which its founder, Sahra Wagenknecht, departed during the winter of 2023-2024. BSW is also expected to reach double-digit scores in local elections scheduled for September in three eastern states. The emergence of a new actor in the German political landscape raises many questions. Is the BSW a left-wing party – or even a right-wing party, as its detractors like to classify it? What kind of audience does the new formation want to address and what is the political discourse supporting it? In short, what does the party represent, and what are its objectives and prospects? This study focuses on the BSW program, where ideas supported by various political currents coexist, and examines its orientations, its electoral strategy and the profile of its leaders. The paper finally analyzes BSW’s first electoral results and its prospects in a rapidly changing society.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG.....	6
„LINKSKONSERVATIV“: PROGRAMM UND STRATEGIE DES BSW	8
Kulturkampf statt Klassenkampf: die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des BSW	9
Bündnis der Fleißigen: Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	11
Anti-Grün: Umwelt- und Klimaschutzpolitik	14
„Frieden“ mit Putin: Außen- und Sicherheitspolitik	15
Auf dem Weg zu einem neuen Europa? Positionen zur EU	18
AfD light? Die Migrationspolitik des BSW	20
Neue „Querfront“? Haltung zur AfD.....	21
WAGENKNECHT UND DIE ANDEREN: FÜHRUNGSPERSONAL UND STRUKTUREN	24
EINE NEUE KRAFT? DAS BSW IM PARTEIENSYSTEM	26
Erste Erfolge – mit Luft nach oben? Wahlergebnisse des BSW	26
Koalitionsfähig? Die Frage von Regierungsbeteiligungen.....	28
AUSBLICK: KANN SICH DAS BSW ETABLIEREN?	30

Einleitung

Viele Jahrzehnte lang konnten Deutsche nach Wahlen schon bei einem flüchtigen Blick auf die gezeigten Diagramme das Wahlergebnis erkennen: zwei große Säulen in schwarz und rot für die beiden „Volksparteien“ (CDU/CSU und SPD), eine kleine gelbe für die liberale FDP – und seit den 1980ern eine grüne für die gleichnamige Öko-Partei. In den letzten Jahrzehnten aber wurden die Wahldiagramme bunter: In den 1990er Jahren kam ein neuer Rot-Ton für die PDS bzw. Linkspartei hinzu, seit 2013 das Blau (oder, je nach Medium, Braun) der extrem-rechten AfD, von regionalen Wählergruppen und temporär erfolgreichen Protestparteien abgesehen. Am Abend der Europawahl am 9. Juni mussten nun viele Deutsche beim Blick auf den Fernsehbildschirm oder auf die Nachrichtenseite ihrer Wahl zwei Mal hinschauen, um zu erkennen, was sich hinter der violetten Säule verbarg, die am Ende bei 6,2 Prozent der Stimmen lag – und damit deutlich vor etablierteren Parteien wie der liberalen FDP, der Partei „Die Linke“ oder den regional erfolgreichen Freien Wählern. Wer sich an die neue politische Farbe noch nicht gewöhnt hat, wird dies vielleicht nach den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Ländern (Brandenburg, Sachsen, Thüringen) im September tun, bei denen der neuen Partei mit dem Kürzel „BSW“ zweistellige Ergebnisse prognostiziert werden.

Hinter der Kombination aus Farbe und Kürzel verbirgt sich mit dem „Bündnis Sahra Wagenknecht“ die neueste Partei in Deutschlands Parlamenten, die auch in anderer Hinsicht ein Novum darstellt: Dass eine politische Partei nach einer Person benannt ist, ist für Deutschland ungewöhnlich, in diesem Fall aber verständlich.¹ Sahra Wagenknecht gehört schon lange zu den bekanntesten und profiliertesten Politikerinnen des Landes. Aus der DDR stammend, wurde sie in den 1990er Jahren als junge Sprecherin der orthodoxen „Kommunistischen Plattform“ in der PDS bekannt und führte in den letzten beiden Jahrzehnten den „populistischen“ Parteiflügel innerhalb der Partei „Die Linke“ an.² Sie profilierte sich als Kritikerin der Parteiführung in der Umwelt- und Klimapolitik, in der Migrationskrise 2015/16 und in der Covid-19-Pandemie 2020–22 – und zuletzt gegenüber der Kriegs- und Annexionspolitik Russlands. Nach ihrem

1. Siehe dazu T. Holzhauser, „Die Ein-Frau-Partei“, in: Der Freitag (online), 20. Oktober 2023, verfügbar auf: www.freitag.de.

2. Vgl. T. Holzhauser, „Was ist links und für wen? Die Linke im Ringen um ihre Identität“ / Quelle gauche en Allemagne ? Le parti *Die Linke* en pleine crise identitaire, Paris 2021 (*Notes du Cerfa*, Nr. 161); zur Karriere von Sahra Wagenknecht siehe J. P. Lang, „Biographisches Porträt: Sahra Wagenknecht“, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 22 (2011), S. 192–203; C. Schneider, „Sahra Wagenknecht. Die Biografie“, Frankfurt am Main, Campus, 2019.

zwischenzeitigen Versuch, eine neue außerparlamentarische Bewegung namens „Aufstehen“ zu etablieren, gab Wagenknecht schließlich im Oktober 2023 bekannt, die Linkspartei verlassen und eine eigene Partei begründen zu wollen.

Am 8. Januar 2024 war es dann so weit: Die Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (kurz BSW) wurde gegründet, der sich zunächst einige Hundert Mitglieder anschlossen. Durch den Übertritt von zehn Abgeordneten der Linksfraktion ist das BSW bereits seit seiner Gründung im Bundestag repräsentiert. Begleitet wurde die Parteigründung von einem kaum gekannten medialen Echo: Schon lange zuvor gab es Analysen und Prognosen,³ mehrere Dokumentationen über die Parteigründerin und viel Sendezeit in Radio und Fernsehen.⁴ Dazu passt, dass sich Wagenknecht viel vorgenommen hat: Nicht weniger als Stimme des Volkes, Rettung vor der AfD und eine ganz neue Alternative jenseits von rechts und links will es sein, das Bündnis Sahra Wagenknecht. Doch wofür steht die Partei, und für wen? Was will sie erreichen und wie stehen ihre Chancen?

3. Vgl. „B. Sarah Wagner/L. Constantin Wurthmann/Jan Philipp Thomeczek, Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape“, in: Politische Vierteljahresschrift 64 (2023), S. 621–636.

4. Vgl. S. Kaudelka, „Wagenknecht“, Dokumentation, 2020; B. Wörnke, „Der Bruch. Sahra Wagenknecht und Die Linke“, ARD-Dokumentation, 2023; „Markus Feldenkirchen/Ulrich Bentele/Mathias Wallerang, Konfrontation. Markus Feldenkirchen trifft Sahra Wagenknecht“, ARD-Dokumentation, 2023; H. Sandner, „Trotz und Treue – Das Phänomen Sahra Wagenknecht“, 4-teilige ARD-Dokumentation, 2024.

„Linkskonservativ“: Programm und Strategie des BSW

Im März 2016 gab der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk dem Magazin „Cicero“ ein Interview, in dem er scharf mit dem Kurs der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingskrise ins Gericht ging: Diese habe das Land „in einem Akt des Souveränitätsverzichts der Überrollung preisgegeben“, denn je mehr Flüchtende ins Land kämen, „desto labiler“ werde Europa.⁵ Als sein Interview erwartungsgemäß scharfe Kritik hervorrief, antwortete Sloterdijk mit einer kreativen Wortschöpfung: Nicht aus einer nationalkonservativen oder rechten Haltung heraus habe er seine „Bedenken“ vorgetragen, sondern aus „linkskonservativer Sorge um den gefährdeten sozialen Zusammenhalt“.⁶ Ein neues Wort war geboren: „Linkskonservativ“. Seit drei Jahren nutzt auch Sahra Wagenknecht die Wortneuschöpfung, um ihre politischen Positionen zwischen linken, konservativen und nationalen Traditionen zu beschreiben. In einer von Unsicherheit und Wandel geprägten Zeit soll sich „linkskonservative“ Politik am Wunsch der Menschen nach „Stabilität, Sicherheit und Zusammenhalt und gerade deshalb mehr sozialen Ausgleich“ orientieren, so Wagenknecht, die damit bewusst sprachliche Codes aus unterschiedlichen politischen Lagern miteinander kombiniert.⁷ Zwar sieht sich das BSW offiziell weder als „linke“ noch als „konservative“ Partei, weil die Menschen in der Bevölkerung mit diesen Labels nicht mehr viel anfangen könnten.⁸ Das Programm des BSW bewegt sich aber doch im Rahmen dessen, was mittlerweile auch Medien und Wissenschaften unter dem Schlagwort „linkskonservativ“ subsumieren.⁹ Doch was genau ist damit gemeint?

5. „Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbsterstörung“, Interview mit Peter Sloterdijk, in: Cicero 2/2016, verfügbar auf: www.cicero.de.

6. P. Sloterdijk, „Primitive Reflexe“, in: Die Zeit, 11/2016.

7. S. Wagenknecht, „Die Selbstgerechten“, Frankfurt/New York 2022, S. 274 f.

8. Vgl. U. Köppchen, „Linkskonservativ: Rolle rückwärts in die Zukunft?“, Deutschlandfunk Kultur, 19. Februar 2024, verfügbar auf: www.deutschlandfunkkultur.de; M. Giera/N. Alipour, „Wagenknecht will neue Fraktion im EU-Parlament gründen“, in: Euractiv, 24. April 2024, verfügbar auf: www.euractiv.de.

9. Vgl. Köppchen, Linkskonservativ; P. Moreau, „L'émergence d'une gauche conservatrice en Allemagne: l'Alliance Sahra Wagenknecht pour la raison et la justice (BSW)“, Paris 2024; T. Holzhauser, „Linkskonservativer Populismus“, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken 77 (2023), H. 888, S. 20–29; „Ist das links oder doch konservativ?“, WDR 5 „Neugier genügt“, 19. März 2024, verfügbar auf: www1.wdr.de.

Kulturkampf statt Klassenkampf: die gesellschaftspolitischen Vorstellungen des BSW

Seit Jahren wird in Deutschland und darüber hinaus eine Debatte über die Spaltung der demokratischen Gesellschaft geführt. Zwar ist wissenschaftlich umstritten, ob die vielfach konstatierte Polarisierung zwischen kosmopolitisch-elitären und traditionell-populären Sphären der Gesellschaft empirisch haltbar ist. Die These ist aber auch deshalb populär, weil sie klare Ursachen und Lösungen suggeriert. Demnach tragen die liberalen, „kosmopolitischen“ Kultureliten zumindest eine Mitschuld an der gesellschaftlichen Polarisierung und den Erfolgen rechter Parteien, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten allzu viele tradierte Normalitätsvorstellungen (Nation, Geschlechterverhältnisse, Arbeit) infrage gestellt und damit der „normalen“ Bevölkerung ihre Sicherheitsanker genommen hätten.¹⁰ Sahra Wagenknecht gehört zu den prononciertesten Vertreterinnen dieser Position im politischen Feld: Sie stellt sich mit Nachdruck gegen den „modernen Linksliberalismus“, den sie als Ideologie des „linksgrünen Milieus“ und der „gut situierten Großstadtakademiker“ identifiziert.¹¹ Für Wagenknecht stehen die selbst ernannten Progressiven nicht auf der Seite der Unterprivilegierten und sprechen auch nicht (mehr) die Sprache des Volkes. Sie interessieren sich, so die Behauptung, nur noch für „immer kleinere und skurrilere Minderheiten“¹² und versuchen, die Bevölkerung umzuerziehen. Den für linke Parteien auch historisch charakteristischen Avantgarde-Anspruch weist das BSW dabei entschieden zurück und sieht in ihm einen Verrat mit schwerwiegenden Folgen: Weil sich die Linke kulturell vom Volk entfremdet habe, wähle dieses nun vermehrt rechte Parteien, so die These.¹³

Dem stellt Wagenknecht wie viele andere Politikerinnen und Politiker einen politischen „Normalismus“¹⁴ entgegen, der sich als Gegenbewegung versteht: Wagenknecht und Co. bieten sich als Sprachrohr der „normalen“ Bevölkerung und als Schutzschild vor gesellschaftlichen Veränderungen an. Dem Wandel der Kultur und der Normalitätsvorstellungen wird der Wert der Sicherheit entgegengestellt, der sowohl Schutz vor sozialen und

10. Vgl. P. de Wilde et al., „The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism“, Cambridge 2019; P. Norris/R. Inglehart, „Cultural Backlash. Trump, Brexit and Authoritarian Populism“, Cambridge 2019; A. Reckwitz, „Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne“, Berlin 2017; ders., „Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne“, Berlin 2019; Zur Kritik: Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.

11. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 22 & S. 32.

12. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 133.

13. Vgl. die Rede von Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag des BSW, 27. Januar 2024, verfügbar auf: [www.youtube.com](https://www.youtube.com/watch?v=...).

14. Vgl. T. Holzhauser, „Neue Normalisten“, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken 78 (2024), H. 901, S. 5–16.

materiellen Gefährdungen als auch vor kulturellen Herausforderungen umfasst. Das Leben der Menschen „geordneter und planbarer zu machen“, ihnen damit „Sicherheit durch Normalität“ zu geben, ist das ideologische Hauptziel des Bündnis Sahra Wagenknecht.¹⁵ Mit dieser Gegenüberstellung von normal und unnormal schlägt Wagenknecht „anti-woke“ Kulturkampf-Töne an, die als Hauptkennzeichen der populistischen Rechten angesehen werden können, seit einiger Zeit aber auch von konservativen Parteien zu hören sind.¹⁶ Dazu gehören Bemühungen (wie in Bayern), den Gebrauch der „Gendersprache“ in Behörden, Schulen und Universitäten zu verbieten, aber auch die Ablehnung vermeintlicher „Sprechverbote“, die der Mehrheitsgesellschaft durch radikal-linke Minderheiten aufoktroziert würden. Diese Stimmung hat das Bündnis Sahra Wagenknecht aufgegriffen und im Europawahlkampf auf die griffige Formel „Maulkorb oder Meinung?“ gebracht. Seit Jahren sei in Deutschland und Europa „eine zunehmende Verengung des ‚zulässigen‘ Meinungskorridors“ zu erkennen, indem „kritische Stimmen diffamiert, stigmatisiert und ausgegrenzt“ würden, so das Europawahlprogramm der Partei. Die linksliberale „Cancel Culture“ würde immer rücksichtsloser „gegen Andersdenkende“ eingesetzt.¹⁷

Teil des Kulturkampfs ist eine scharfe Polemik gegen gender-inklusive Sprache und andere Formen „politisch korrekten“ Sprechens, die vor allem in politisch linken Kreisen verbreitet sind. Sie gelten im BSW nicht als Anzeichen gesellschaftlichen Fortschritts und als Bemühen um soziale Inklusion, sondern als illiberale Form eines „neuen politischen Autoritarismus, der sich anmaßt, Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil oder ihre Sprache zu reglementieren“.¹⁸ Auch in Fragen der Geschlechterpolitik stellt sich Wagenknecht gegen neuere Ansätze. Die „linksliberale Gendertheorie“ leugne die Existenz eines biologischen Geschlechts, erfinde stetig neue „Denkgebote und Benimmregeln“ und zwingt damit den „Normalbürger“ zum Schweigen, um nichts Falsches zu sagen.¹⁹ Dieses „Bohei“²⁰ um die Interessen und Identitäten von Minderheiten störe die „normalen“ Menschen, deren Anliegen kein Gehör mehr fänden: „Wer nun mal weiß und hetero ist“, habe im identitätspolitischen Wettbewerb das Nachsehen.²¹

15. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 42 & S. 91.

16. Vgl. M. Lewandowsky, „Was Populisten wollen. Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte“, Köln, KiWi-Paperback, 2024, S. 105.

17. Bündnis Sahra Wagenknecht, Programm für die Europawahl 2024, Berlin 2024, S. 19f., verfügbar auf: www.europawahl-bw.de.

18. Bündnis Sahra Wagenknecht, Unser Parteiprogramm, Berlin 2024, S. 4, verfügbar auf: <https://bsw-vg.de>.

19. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 51.

20. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 241.

21. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 133 f.

Das Wort „Cancel Culture“ fungiert im BSW-Programm als Dachbegriff, der vielfältig ausgelegt wird. Dazu zählt u.a. auch das europäische Gesetz über digitale Dienste (*Digital Services Act*), das nicht dem Kampf gegen Lügen, Hass und Hetze im Internet diene, sondern der Zensur „regierungskritischer Positionen“.²² Aber auch die Politik der etablierten Parteien während der Covid-19-Pandemie wird in diesem Zusammenhang gesehen. Indem sie von einer „wüsten Hetzjagd“ auf Ungeimpfte spricht, richtet sich Sahra Wagenknecht an ein gesellschaftliches Milieu von Impfgegnerinnen, Wissenschaftsskeptikern und anderen Staatskritikern, das sie schon während der Corona-Krise angesprochen hat, indem sie zum Beispiel auf ihrem Youtube-Kanal vor den Nebenwirkungen von Covid-19-Impfungen warnte.²³ Während diese Kreise in politischen und wissenschaftlichen Diskursen als Repräsentanten eines potenziell demokratie-feindlichen „libertären Autoritarismus“ gedeutet werden,²⁴ spricht Wagenknecht lieber von „Regierungskritikern“. Sie stellt sie damit in eine links codierte Widerstandstradition und bestätigt damit ihr Selbstbild als Rebellen gegen staatliche Unterdrückung.

Bündnis der Fleißigen: Wirtschafts- und Sozialpolitik

Obwohl die Gesellschaftspolitik für das Bündnis Sahra Wagenknecht eine zentrale Rolle spielt, und zwar in der Programmatik, in der Außendarstellung und auch für die Wählerinnen und Wähler,²⁵ wirft die Parteigründerin der politischen Linken seit Jahren vor, sich zu sehr auf gesellschaftspolitische Themen zu konzentrieren und die eigentlichen linken Kernfragen der materiellen Verteilung und der sozialen Gerechtigkeit aus den Augen verloren zu haben.²⁶ In der politischen Berichterstattung und in politikwissenschaftlichen Analysen wurde diese Darstellung schnell aufgegriffen. Demnach wurde das BSW als gesellschaftspolitisch konservativ, aber wirtschaftspolitisch links verortet.²⁷ Eine genauere Analyse der programmatischen Dokumente und der Wahlkampfstrategie wiederum unterstützt diesen Schluss keineswegs. Zwar vertritt das BSW in einigen ökonomischen Themenbereichen traditionell

22. BSW, Programm für die Europawahl, S. 20.

23. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 20f.

24. Vgl. C. Amlinger/O. Nachtwey, „Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus“, Berlin 2022.

25. Vgl. J. Philipp Thomeczek, „Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis“, in: Politische Vierteljahresschrift (Vorab-Publikation), 28. Mai 2024.

26. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 130f.

27. Vgl. Thomeczek, Bündnis Sahra Wagenknecht; S. Wagner/L. C. Wurthmann/J. P. Thomeczek, „Bridging Left, and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape“, in: Politische Vierteljahresschrift 64 (2023), S. 621–636; schon vor der Parteigründung: M. Sältzer/S. Stier, „Die Bundestagswahl 2021 auf Twitter“, in: F. Riebe/L. Hetzer/L. C. Wurthmann (Hrsg.), „Die Bundestagswahl 2021. Perspektiven und Daten aus der deutschen Wahlstudie“, Mannheim, Juli 2022, S. 30–38, hier S. 36.

linke Positionen oder operiert mit politischen Schlagworten, die aus dem Vokabular des Linkspopulismus stammen. Allerdings weisen ihre ökonomische Sprache und Programmatik einen hohen Grad an Synkretismus auf, vereint also Ideen und Schlagworte aus unterschiedlichen Denksystemen und ideologischen Traditionen, die auf den ersten Blick nicht zusammenpassen. Entsprechend beinhaltet die Wirtschaftspolitik des BSW ebenso Versatzstücke aus wirtschaftlich liberalen oder konservativen Denkschulen, die kaum als links bezeichnet werden können.

Traditionell linke bzw. sozialdemokratische Positionen vertritt das Bündnis Sahra Wagenknecht insbesondere in der Steuer- und Finanzpolitik. Das BSW spricht sich, wie auch die Linkspartei, für mehr Umverteilung aus und möchte dies durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und durch höhere Erbschafts- und Kapitalertragssteuern erreichen. Auf europäischer Ebene setzt sich das BSW zudem für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein. Dessen Obergrenzen für Staatsverschuldung und jährliche Nettokreditaufnahme sieht das BSW als Investitionshemmnis. Zudem befürwortet die Partei eine Vereinheitlichung der europäischen Unternehmensbesteuerung und die Trockenlegung von „Steuerparadiesen“.²⁸ Für diesen Kurs steht vor allem der Spitzenkandidat für die Europawahl, Fabio de Masi, der sich in der Vergangenheit einen Namen als Finanzpolitiker sowie als Aufklärer großer Finanzskandale gemacht hat, v.a. in der „Cum-Ex-Affäre“ und dem „Wirecard-Skandal“.²⁹ Vorgetragen werden diese ökonomischen Positionen in einem drastischen Ton, der klare Feindbilder benennt: „Großunternehmen“, „Finanzkonzerne“ und die von ihnen „gekauften Politik“ fungieren in der Programmatik des BSW als Schuldige für Verteilungsungerechtigkeit und soziale Schieflagen.³⁰ Damit stellt sich die Partei in die populistische Tradition der deutschen Linken, die vor allem mit dem Namen Oskar Lafontaine verbunden ist, dem heutigen Ehemann von Sahra Wagenknecht. Dazu passt auch ein ökonomischer Nationalismus, der die Bedeutung und Souveränität des nationalen Wohlfahrtsstaats betont und ihn vor ausländischen Einflüssen schützen will.³¹

Allerdings fällt auf, dass sich das BSW-Programm jeder sozialistischen Analyse oder grundsätzlich-antikapitalistischen Forderung enthält. Jedenfalls werden die identifizierten Problemlagen nicht als systemische Schwächen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung interpretiert, sondern als Elitenversagen. Zwar grenzt sich das BSW dezidiert vom „angelsächsisch geprägten Blackrock-Kapitalismus“ ab, der „von großen Finanz- und

28. BSW, Programm für die Europawahl, S. 6f.

29. Vgl. M. Höfgen, „Ein Schröder-Jünger für Wagenknecht“, in: Geld für die Welt, 9. Januar 2024, verfügbar auf: www.geldfuerdiWelt.de.

30. BSW, Parteiprogramm, S. 1f.,

31. Vgl. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 228 f. & S. 279 f.

Digitalkonzernen gesteuert und von börsennotierten Unternehmen geprägt“ werde, wie es im Europawahlprogramm des BSW heißt.³² Diesem wird aber keine antikapitalistische Alternative gegenübergestellt. Ziel ist dagegen eine funktionierende Marktwirtschaft mit „fairem Wettbewerb“ und „einem starken Mittelstand“.³³ Damit knüpft das BSW an frühere Versuche der deutschen Linken an, zwischen einem schlechten angelsächsischen und einem besseren, „rheinischen“ Kapitalismus zu unterscheiden.³⁴ Und zugleich stellt sich die Partei in die Tradition der „sozialen Marktwirtschaft“ und der starken Mittelstandsorientierung, die für die politische Kultur der Bundesrepublik seit ihrer Gründung prägend ist. Dies hat sich bei Sahra Wagenknecht schon seit längerer Zeit abgezeichnet, hat sie doch schon in der Weltfinanzkrise 2008/09 damit begonnen, den liberalen Wirtschaftsminister der 1950er Jahre Ludwig Erhard, den „Vater des Wirtschaftswunders“, zu zitieren.³⁵

Entsprechend erscheint auch nicht die Arbeiterschaft, sondern der „Mittelstand“ als zentrale Vokabel der bisherigen programmatischen Dokumente des BSW und erinnert an Vorstellungen der Nachkriegsepoche von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, die in Westdeutschland lange Zeit als soziales Ideal vertreten wurde.³⁶ Statt die Gesellschaft analytisch in Kapital und Arbeit zu unterteilen, wie es linke Parteien traditionell tun, konstruiert das BSW eine Gemeinschaft der „Fleißigen“, die aus bürgerlichen Mittelschichten, Arbeiterschaft und in Deutschland ansässigen Unternehmern besteht. Dieser wird ein Kartell aus internationalen „Konzernen“, akademisch-großstädtischen „Eliten“ und staatlichen „Bürokratien“ gegenübergestellt, die das Leben der „normalen“ Menschen nicht kennen und den deutschen Unternehmen das Leben schwer machen.³⁷ Zu dieser Orientierung passt auch, dass das BSW in der Europawahl mit dem Slogan „Abstieg oder Aufbruch“ gezielt ökonomische und soziale Abstiegsängste adressiert hat, die von Teilen des Bürgertums, der Unternehmerschaft und der Arbeiterinnen und Arbeiter geteilt wird.

Die synkretistische Strategie des BSW jenseits klassisch linker Politikangebote scheint insofern vielversprechend, als sie möglichst breite Wählerkreise ins Ziel nimmt und es dem politischen Gegner zugleich schwer macht, Wagenknecht mit Bezug auf ihre Vergangenheit als unverbesserliche Kommunistin oder als ökonomisch radikal darzustellen.

32. BSW, Programm für die Europawahl, S. 2.

33. BSW, Parteiprogramm, S. 1f.

34. Vgl. T. Holzhauser, „Neoliberalismus und Nostalgie. Politische Re-Formationen und die Entstehung der Linkspartei im vereinten Deutschland“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 44 (2018), H. 4, S. 586–618.

35. Vgl. „Wir brauchen Märkte“. Interview mit Sahra Wagenknecht, in: *Der Spiegel*, 31. Dezember 2012; siehe dazu ausführlich: S. Wagenknecht, „Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft“, Frankfurt/New York, 2012.

36. Vgl. R. Hanselle, „Das Wunderland. Der westdeutsche Traum von Gerechtigkeit: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft wurde nie Realität“, in: *Das Parlament*, 14. September 2009.

37. BSW, Programm für die Europawahl, S. 4.

Das BSW beugt solchen Vorwürfen vor, indem es von einem Programm der „wirtschaftlichen Vernunft“ spricht.³⁸ Tatsächlich ordnet sich das BSW in wirtschaftspolitischer Hinsicht sehr viel passgenauer in die dominante politische Kultur der Bundesrepublik ein, als dies der Partei „Die Linke“ je gelungen ist, doch birgt das programmatische Potpourri auch Risiken: Das zeigte die Präsentation von Thomas Geisel als Kandidat für die Europawahl. Der ehemalige Sozialdemokrat und Oberbürgermeister von Düsseldorf gilt als Anhänger von Gerhard Schröder, dem langjährigen Intim-Feind von Oskar Lafontaine. So lobte Geisel wiederholt die „Agenda 2010“, forderte eine neue „Reform-Agenda“ für Deutschland und sprach sich gegen Bürokratie und Subventionen aus. Dass der Schröder-Anhänger Geisel die Partei von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine mit in die Europawahl führte, zeigt die Widersprüche des Bündnis Sahra Wagenknecht in aller Deutlichkeit.

Anti-Grün: Umwelt- und Klimaschutzpolitik

Während das ökonomische Programm des Bündnis Sahra Wagenknecht also einzelne programmatische Elemente ihrer Konkurrentinnen und Konkurrenten aufgreift und zu einem neuen Mix verbindet, gilt das am wenigsten für die Grünen. Diese stellen im Wagenknecht'schen Denken das Feindbild Nummer 1 dar, da sie wie keine andere Partei den „Linksliberalismus“ der urban-akademischen Schichten verkörpern. Entsprechend hat Wagenknecht die Grünen schon im Oktober 2022 – und danach wiederholt – als „gefährlichste Partei“ im Deutschen Bundestag (und damit gefährlicher als die AfD) bezeichnet.³⁹ Am markantesten sichtbar wird diese Gegnerschaft auf dem Politikfeld der Umwelt- und Klimapolitik. Prominente Mitglieder des BSW wie der ehemalige Linkspartei-Vorsitzende Klaus Ernst gehören seit Jahren zu den schärfsten Kritikern „linksgrüner“ Klimaschutzpolitik: Die Linke müsse die Industriearbeiterschaft im Fokus haben und dürfe nicht „grüner werden als die Grünen“.⁴⁰

Diese Orientierung zeigt sich auch im Programm des BSW, das sich in erster Linie an Wählerinnen und Wähler richtet, die sich um die negativen Folgen klimapolitischer Maßnahmen in materieller und sozialer Hinsicht sorgen. Entsprechend wird Klimaschutzpolitik primär als Risiko für die deutsche Wirtschaft wie auch für die Bevölkerung dargestellt: „Blinder Aktivismus“ und „undurchdachte Maßnahmen“ schaden dem

38. BSW, Parteiprogramm, S. 1; BSW, Programm für die Europawahl, S. 4.

39. Vgl. „Wagenknecht nennt Grüne ‚gefährlichste Partei‘“, in: *faz.net*, 21. Oktober 2022, verfügbar auf: www.faz.net.

40. Vgl. Boris Herrmann, „Der Linke, der Porsche und die Umwelt“, in: *Süddeutsche Online*, 15. Dezember 2021, verfügbar auf: www.sueddeutsche.de.

Wirtschaftsstandort Deutschland, gefährdeten Arbeitsplätze und machten das Leben für Konsumentinnen und Konsumenten teurer. Zwar leugnet das BSW nicht den Klimawandel und seine schädlichen Folgen, möchte aber, ähnlich wie die liberale FDP, auf die längerfristige „Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien“ als Mittel gegen den Klimawandel setzen.⁴¹ Zu diesem Kurs passt u.a. die Forderung, den bereits beschlossenen Ausstieg Deutschlands aus der Verbrennermotor-Technologie bis zum Jahr 2035 rückgängig zu machen – eine Position, die prominent auch von führenden Politikerinnen und Politikern der CDU/CSU und der FDP erhoben wurde.⁴² Stattdessen sollten „bezahlbare klimaneutrale Brennstoffe“ entwickelt werden.⁴³ Wie die Partei die Klimakrise in der Zwischenzeit bekämpfen möchte, bleibt dagegen unklar.

„Frieden“ mit Putin: Außen- und Sicherheitspolitik

Wie Befragungen nach der Europawahl gezeigt haben, stellt die „Friedenssicherung“ für die Wählerinnen und Wähler des Bündnis Sahra Wagenknecht das wichtigste Wahlmotiv dar.⁴⁴ Schon vor der Gründung ihrer eigenen Partei hat sich Sahra Wagenknecht in der Öffentlichkeit als maßgebliche Vertreterin einer „Friedenspolitik“ positioniert, die den NATO-Staaten eine Mitschuld an der Eskalation in der Ukraine gibt und sich gegen die Parteinahme des Westens auf Seite der überfallenen Ukraine wendet. Stattdessen müsse diese auf dem Verhandlungsweg Russland entgegenkommen, um den Krieg zu beenden. So forderte Wagenknecht bereits in einem viel diskutierten „Manifest für den Frieden“ vom Februar 2023 von Bundeskanzler Olaf Scholz, die „Eskalation der Waffenlieferungen“ an die Ukraine zu stoppen und sich „an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen“ zu setzen.⁴⁵ Unlängst fielen die Abgeordneten des BSW im Bundestag dadurch auf, dass sie – wie der Großteil der AfD-Fraktion – der Rede des ukrainischen Präsidenten Selenski fernblieben, weil dessen Politik „eine hochgefährliche Eskalationsspirale“ befördere und „das Risiko eines atomaren Konflikts“ in Kauf nehme.⁴⁶

Diese außen- und sicherheitspolitische Linie prägt auch das Programm des BSW. Die Partei versteht den Krieg in der Ukraine in erster Linie als

41. BSW, Parteiprogramm, S. 2.

42. Vgl. „Aus vom Verbrenner-Aus?: Wagenknecht will im Bundestag abstimmen lassen“, in: *Tagesspiegel (online)*, 25. April 2024, verfügbar auf: www.tagesspiegel.de.

43. BSW, Programm für die Europawahl, S. 4.

44. Vgl. „Wer wählte das BSW - und warum?“, in: *tagesschau.de*, 10. Juni 2024, verfügbar auf: www.tagesschau.de.

45. A. Schwarzer, S. Wagenknecht, Manifest für den Frieden, 10. Februar 2023, verfügbar auf: www.change.org.

46. Vgl. „Bündnis Sahra Wagenknecht bleibt Selenski-Rede fern – AfD zieht nach“, in: *Handelsblatt (online)*, 11. Juni 2024, verfügbar auf: www.handelsblatt.com.

„Stellvertreterkrieg zwischen der NATO und Russland“, der zwar von letzterem „militärisch [...] begonnen“ worden sei – von Schuld ist hier ausdrücklich nicht die Rede –, der aber vom Westen „verhinderbar gewesen“ wäre.⁴⁷ Zugleich fordert die Partei in ihrem Europawahlprogramm, „dass der Ukrainekrieg schnellstens mit einem Waffenstillstand und der Aufnahme konstruktiver Friedensverhandlungen beendet wird“⁴⁸ – eine Forderung, die sich primär an die Ukraine und „den Westen“ richtet. Letzterer habe bisher „keine ernsthaften Bemühungen“ gezeigt, den Krieg zu beenden. Russland wiederum müsse man zu Verhandlungen „motivieren“, indem ein sofortiges Ende der Rüstungsexporte an den Kriegsgegner Ukraine angeboten wird.⁴⁹

In dieser außenpolitischen Deutung wird die Russische Föderation unter Putin nicht als Aggressor, sondern in erster Linie als Opfer westlicher Sanktionspolitik dargestellt, aber auch als potenzieller Partner der Europäer, den es zu umwerben gilt. Ziel ist eine „neue europäische Friedensordnung“, die „längerfristig auch Russland einschließen sollte“.⁵⁰ Mit diesen Positionen knüpft das Bündnis Sahra Wagenknecht an außen- und sicherheitspolitische Traditionen der Partei „Die Linke“ an,⁵¹ vermeidet es im Gegensatz zu deren Parteiführung aber, den russischen Angriffskrieg als solchen zu benennen und sich an die Seite der Angegriffenen zu stellen. Stattdessen bezieht das BSW seine Ablehnung „völkerrechtswidriger Militärinterventionen“⁵² vor allem auf das westliche Bündnis, das vom BSW äußerst kritisch gesehen wird. Entsprechend präferiert Wagenknechts Partei ein Europa, das als „eigenständiger Akteur auf der Weltbühne“ auftritt, statt „Vasall der USA“ zu sein.⁵³

Die Russlandpolitik des BSW richtet sich aber nicht nur an linke Kreise. Sie wird auch von anderen Teilen der deutschen Gesellschaft begrüßt. Von der AfD abgesehen, die als besonders russland-freundlich gilt, haben auch bekannte Persönlichkeiten aus den etablierten Parteien, etwa der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), Bedenken gegen deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine angemeldet und einen „vorübergehenden“ Gebietsverzicht der Ukraine ins Spiel gebracht.⁵⁴ Solche Kritikerinnen und Kritiker der westlichen Ukraine-Politik bringen nicht zuletzt energiepolitische Argumente vor und sorgen sich um die ökonomischen Folgen der Sanktionen für deutsche Unternehmen, denen

47. BSW, Programm für die Europawahl, S. 14 & 17.

48. BSW, Programm für die Europawahl, S. 3.

49. BSW, Programm für die Europawahl, S. 14f.

50. BSW, Programm für die Europawahl, S. 15.

51. Vgl. T. Holzhauser, „Die Linke, la Bundeswehr et l'évolution de la politique de sécurité allemande“, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 235 (2021), nr. 1, pp. 215–224.

52. BSW, Programm für die Europawahl, S. 17.

53. BSW, Programm für die Europawahl, S. 3.

54. Vgl. „Kretschmer schlägt Ukraine vorübergehenden Gebietsverzicht vor“, in: *Spiegel Online*, 27. Dezember 2023, verfügbar auf: www.spiegel.de.

das Russland-Geschäft weggebrochen ist.⁵⁵ Dieses Motiv spielt auch im Programm des BSW eine zentrale Rolle: Statt einer „neuen Blockkonfrontation mit zunehmenden Handelsbeschränkungen und ausufernden Wirtschaftssanktionen“ fordert die Partei einen direkten „Zugang zu den Rohstoffen und Energieträgern Russlands und Zentralasiens“ sowie den „Ausbau der Überland-Handelswege zu den Wachstumsregionen Asiens“.⁵⁶ Mit diesen Positionen kann das BSW bei seinen potenziellen Wählerinnen und Wählern punkten: Umfragen zu Themen wie deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine oder zur territorialen Integrität des Landes verzeichnen seit Monaten geteilte Zustimmungswerte, wobei die Anhängerinnen und Anhänger von BSW und AfD am Kritischsten gegenüber dem bisherigen Kurs des Westens eingestellt sind – auch deutlich kritischer als die der Linkspartei.⁵⁷ Besonders ausgeprägt sind solche Haltungen im östlichen Teil des Landes, wo traditionell enge Bindungen politischer, kultureller und ökonomischer Art an Russland bestehen.⁵⁸ Die russland-politische Strategie des BSW ist insofern besonders vielversprechend mit Blick auf die ostdeutschen Bundesländer und die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024.

Während die Haltungen des BSW zum Ukraine-Konflikt und zu Russland immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit standen, galt das weniger für den Nahost-Konflikt, der aber für die potenzielle Anhängerschaft der Partei eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt.⁵⁹ Schon im November 2023 sprach sich Sahra Wagenknecht auf einer Demonstration gegen die Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza aus. Zwar habe Deutschland „die Verantwortung, das Existenzrecht Israels, ohne Wenn und Aber zu verteidigen.“ Doch verpflichte diese Verantwortung nicht, „die rücksichtslose Kriegsführung der Regierung Netanyahu als Selbstverteidigung schönzureden und zu unterstützen“.⁶⁰ Damit knüpfte Wagenknecht an einen alten Streit innerhalb der Linkspartei über das Verhältnis zu Israel an und wiederholte ihre langjährige Grundsatzposition.⁶¹ Seither forderte die Parteigründerin ein

55. Vgl. S. Adler, S. Hasselmann, „Die Sanktionen und ihre Folgen für ostdeutsche Unternehmen“, in: *Detuschlandfunk*, 25. Oktober 2020, verfügbar auf: www.deutschlandfunk.de.

56. BSW, Programm für die Europawahl, S. 3.

57. Vgl. Ipsos-Umfrage vom Februar 2024, verfügbar auf: www.ipsos.com; Forsa-Umfrage vom März 2024, verfügbar auf: www.n-tv.de.

58. Vgl. A. Müller, „Russland ist Teil der ostdeutschen Identität“, *tagesschau.de*, 26. Februar 2023, verfügbar auf: www.tagesschau.de.

59. Ersten Umfragen zufolge neigt eine klare Mehrheit der BSW-Anhängerschaft einer Anerkennung Palästinas zu, vgl. Lorenz Wolf-Doettinchem, Palästina als Staat anerkennen? Die Hälfte der Deutschen ist dagegen, in: *stern.de*, 27. Mai 2024, verfügbar auf: www.stern.de.

60. „Wagenknecht wirft Israel rücksichtslose Kriegsführung vor“, in: *Spiegel Online*, 25. November 2023, verfügbar auf: www.spiegel.de.

61. Vgl. S. Salzborn, „Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit“, in: *Zeitschrift für Politik (ZfP)* 58 (2011),

Waffenembargo für Israel und warf der Bundesregierung Beihilfe zu israelischen „Kriegsverbrechen“ vor.⁶²

Auf dem Weg zu einem neuen Europa? Positionen zur EU

Seit langem ist Sahra Wagenknecht eine entschiedene Kritikerin der Europäischen Union, die sie in der Vergangenheit vor allem als neoliberales und militaristisches Projekt beschrieben hat. Als Alternative dazu schwebt Wagenknecht ein Europa souveräner Nationalstaaten vor, die auf „gleichberechtigte Kooperation“ setzen statt auf supranationale „Zentralisierung“.⁶³ Aber auch in dieser Hinsicht ist das BSW-Programm nicht eindeutig. Die Partei signalisiert Bereitschaft zu einer engeren europäischen Zusammenarbeit in solchen Fragen, die aus ihrer Sicht die „europäische Souveränität“ nach außen, d.h. vor allem gegenüber „Washington“ fördern. Dazu gehört die Entwicklung eines europäischen Zahlungssystems oder eine „abgestimmte Steuerpolitik, die dem Steuerdumping der Konzerne einen Riegel vorschiebt.“⁶⁴ In diesem Zusammenhang nicht genannt wird eine gemeinsame Militärpolitik, die Europa unabhängiger von den USA machen könnte. Stattdessen kritisiert die Partei jeden Versuch einer stärkeren militär- und rüstungspolitischen Integration auf EU-Ebene und stellt sich gegen jede „weitere Militarisierung der EU“.⁶⁵ Das Prinzip „Weniger ist mehr“⁶⁶ macht die Partei auch mit Blick auf Beitrittskandidaten zur Union geltend und lehnt die Aufnahme der Ukraine, Moldaus oder Georgiens ab – nicht zuletzt mit Blick auf Russland und seine territorialen Interessen.⁶⁷

Mit dieser Konzeption in der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik steht das BSW einigen Regierungsparteien Mittel- und Osteuropas nahe, die sich ebenfalls seit längerem um bessere Beziehungen zu Russland bemühen, allzu klare Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine ablehnen und auf ihre eigene Souveränität gegenüber Brüssel bestehen. Zwar kritisierte Wagenknecht in der Vergangenheit die Rechtsstaatspolitik in Ländern wie Polen und Ungarn,⁶⁸ sah deren „couragierte Sozialpolitik“ aber als

H. 3, S. 290-309; L. Fischer, „Zwischen Internationalismus und Staatsräson. Der Streit um den Nahostkonflikt in der Partei Die Linke“, Wiesbaden 2016.

62. Vgl. S. Schröder, „Nach Tod von NGO-Mitarbeitern: Wagenknecht für Waffenembargo gegen Israel“, in: *Frankfurter Rundschau* (online), 3. April 2024, verfügbar auf: www.fr.de; „Wagenknecht wirft Bundesregierung Beihilfe zu Kriegsverbrechen vor“, *Zeit Online*, 6. Mai 2024, verfügbar auf: www.zeit.de.

63. BSW, Programm für die Europawahl, S. 3.

64. BSW, Programm für die Europawahl, S. 3.

65. BSW, Programm für die Europawahl, S. 15.

66. BSW, Programm für die Europawahl, S. 3.

67. BSW, Programm für die Europawahl, S. 16.

68. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 215.

vorbildhaft an.⁶⁹ Nicht zuletzt Viktor Orbán habe „dem Wirtschaftsliberalismus und der Steuerung der ungarischen Wirtschaft durch ausländische Investoren die nationale Souveränität und einen interventionistischen Staat“ entgegengehalten.⁷⁰ Noch stärker drängen sich Parallelen zwischen Wagenknechts „Linkskonservatismus“ und der Politik einiger Sozialdemokraten in Mittel- und Osteuropa auf. Dazu zählen z.B. Ministerpräsident Robert Fico und Staatspräsident Peter Pellegrini in der Slowakei, die wie Wagenknecht Waffenlieferungen an die Ukraine genauso ablehnen wie die „Genderideologie“ der Linkliberalen.⁷¹ Ähnliche Positionen vertritt auch die Bulgarische Sozialistische Partei unter der Führung von Korneliya Ninova, die ebenfalls linke Rezepte in der Wirtschaftspolitik mit rechten Tönen in der Gesellschaftspolitik verbindet.⁷² Was sich hier abzeichnet, ist eine Gruppe nationalistischer Parteien in der EU, die klassische Links-Rechts-Gegensätze transzendieren und ein Europa souveräner, protektiver und sozial-konservativer Nationalstaaten anstreben.

In der Theorie also scheint Wagenknechts „Linkskonservatismus“ innerhalb der Europäischen Union anschlussfähig, was auch die Politikerin erkannt hat: Entsprechend strebt sie die Gründung einer neuen Fraktion im Europäischen Parlament an, deren Mitglieder „sich dem Ziel friedlicher Konfliktlösung verschrieben haben“ und die „ihren Fokus auf soziale Gerechtigkeit“ sowie den „Schutz von Arbeitnehmern und kleinen und mittleren Unternehmen“ legen.⁷³ Spekuliert wurde in diesem Zusammenhang über eine Allianz mit der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, der tschechischen „Ano 2011“, den slowakischen Parteien „Smer“ und „Hlas“ sowie den rumänischen Sozialdemokraten – allesamt populistische Parteien, die sich nicht klar in die politische Rechte oder Linke einordnen lassen.⁷⁴ Auch wurde wiederholt über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Wagenknechts BSW und „La France insoumise“ berichtet.⁷⁵ Eine Fraktionsgemeinschaft mit Marine Le Pen und Giorgia Meloni dagegen schloss BSW-Spitzenkandidat De Masi vor der Europawahl aus.⁷⁶

69. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 227 f.

70. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 228 f.

71. Ukraine-sceptic, „PM Fico Ally Pellegrini Wins Slovakia Presidential Election“, in: *France24*, 7. April 2024, verfügbar auf: www.france24.com; „Slovakia Campaign Rhetoric Raises LGBTQ Concern“, in: *France24*, 26. September 2023, verfügbar auf: www.france24.com.

72. Vgl. T. Holzhauser, „Sozialismus mit rechtem Code“, in: *Tageszeitung (taz)*, 14. Juni 2023, verfügbar auf: <https://taz.de>.

73. F. De Masi, zit. n. M. Giera/N. Alipour, „Wagenknecht will neue Fraktion im EU-Parlament gründen“, in: *Euractiv*, 24. April 2024, verfügbar auf: www.euractiv.de.

74. M. Giera, N. Alipour, „Wagenknecht will neue Fraktion im EU-Parlament gründen“, in: *Euractiv*, 24. April 2024, verfügbar auf: www.euractiv.de; T. G. Schminke, „A European Wagenknecht Group?“, in: *Europe Elects*, 23. April 2024, verfügbar auf: <https://europeelects.eu>.

75. Vgl. C. Stam, „How the Sahra Wagenknecht Alliance and Mélenchon’s Party Could Cooperate“, in: *Table Europe*, 27. Februar 2024, verfügbar auf: <https://table.media>.

76. Vgl. „Wagenknecht-Partei schließt Zusammenarbeit mit Le Pen und Meloni aus“, in: *Spiegel Online*, 27. Mai 2024, verfügbar auf: www.spiegel.de.

AfD light? Die Migrationspolitik des BSW

Schon in den vergangenen Jahren stellte der Streit um die Zuwanderung einen der zentralen Konfliktpunkte zwischen Sahra Wagenknecht und ihren Gegnerinnen und Gegnern dar. Wagenknecht warf ihrer Ex-Partei „Die Linke“ wiederholt vor, mit ihrer liberalen Migrationspolitik und der Forderung nach offeneren Grenzen keine realistischen Lösungen für die Probleme einer modernen Einwanderungsgesellschaft bereitzuhalten. In seinem Europawahlprogramm profilierte sich das BSW nun mit einer dezidiert „restriktiven Migrationspolitik“, die sich durch einen grundsätzlich kritischen Blick auf Zuwanderung auszeichnet. Demnach seien in den vergangenen Jahrzehnten „islamistisch geprägte Parallelgesellschaften entstanden“, in denen „Recht und Gesetz nur noch eingeschränkt gelten“.⁷⁷ Um solche Zustände in Zukunft zu vermeiden, will die Partei die angeblich „unkontrollierte Migration in die EU stoppen“⁷⁸ und schlägt vor, Asyl- und Prüfverfahren an die EU-Außengrenzen oder an Drittländer zu verlagern – eine Forderung, die auch von der AfD und Teilen der Unionsparteien vorgetragen, von der Linken aber stets abgelehnt wurde. Aus Sicht des BSW sollen zurückgewiesene Schutzsuchende erst gar keinen Zugang zur EU erhalten und auch keine europäischen Sozialleistungen beziehen können.

Die Sozialstaatsorientierung des BSW findet also eine deutliche Begrenzung und Differenzierung in der Migrationspolitik. Überhaupt sieht Sahra Wagenknecht in der Migration ein sozial-ökonomisches Thema: Zugewanderte befänden sich auf dem Arbeits- wie auch auf dem Wohnungsmarkt „in unmittelbarer Konkurrenz zu den einheimischen Beschäftigten“. Sie drückten daher (durch ihre niedrigen Arbeitslöhne) das Lohnniveau – vor allem in den ohnehin schlechter bezahlten Marktsegmenten – und trügen zugleich zu einem Anstieg der Mieten bei.⁷⁹ Migration zu befürworten und zu erleichtern, so Wagenknechts Schluss, sei daher keine sozial verantwortliche Position. Sie werde von der „akademisch gebildeten Mittelschicht“ aber deshalb vertreten, weil diese auch materiell von der Situation profitiere.⁸⁰ Wagenknecht schließt damit relativ nahtlos an Positionen ihres Mannes Oskar Lafontaine an, der schon 2005 die „forcierte Zuwanderung“ kritisierte, die von den „oberen Zehntausend“ betrieben werde, „um das deutsche Lohnniveau zu drücken“.⁸¹

77. BSW, Programm für die Europawahl, S. 17.

78. BSW, Programm für die Europawahl, S. 4.

79. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 203-205.

80. Wagenknecht, Die Selbstgerechten, S. 204.

81. Vgl. O. Lafontaine, „Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft“, Berlin 2005, S. 243.

Neue „Querfront“? Haltung zur AfD

Die migrationskritische Haltung des BSW hat wiederholt zu dem Vorwurf geführt, die Partei vertrete keine linken Positionen, sondern verhalte sich im Kern ausländerfeindlich, wie eine Art „AfD light“. Diese Diskussionen wurden verschärft durch Gemeinsamkeiten zwischen BSW und AfD in der Haltung zu Russland und zum Ukraine-Krieg – und durch das Angebot des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke an die Adresse Wagenknechts, doch in die extrem-rechte Partei einzutreten: „Kommen Sie zu uns“, so Höcke an Wagenknecht.⁸² In ähnlicher Weise zeigte die rechtsextreme Zeitschrift „Compact“ schon im Dezember 2022 Sahra Wagenknecht auf der Titelseite und titulierte sie als „beste Kanzlerin“ und „Kandidatin für Links und Rechts“.⁸³ Vor diesem Hintergrund kann es überraschen, dass das BSW durch eine auffällig hohe Zahl von Persönlichkeiten geprägt wird, die selbst einen Migrationshintergrund aufweisen, darunter mit den Abgeordneten Ali Al-Dailami, Sevim Dağdelen, Zaklin Nastic, Jessica Tatti und Amira Mohamed Ali (sowie Andrej Hunko) eine Mehrheit der Bundestagsgruppe. Auch sind erste Studien zu dem Ergebnis gekommen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund besonders häufig für das BSW entscheiden würden.⁸⁴

Trotzdem kommt in der Migrationspolitik am deutlichsten der Anspruch zum Ausdruck, eine politische Alternative für die Alternative für Deutschland darzustellen. Die rechte Konkurrenz sieht Sahra Wagenknecht nicht als Ursache, sondern als Produkt der beschriebenen gesellschaftlichen Polarisierung in Deutschland. Während die Linksliberalen „die Werte und Lebensweise ihrer einstigen Wählerschaft [...] verächtlich machen“⁸⁵, so Wagenknecht, sieht sie Parteien wie die AfD, das französische Rassemblement National und andere rechte Parteien in Europa als Interessenvertretung jener Bevölkerungsgruppen, „die der ‚sozialen und kulturellen Modernisierung‘ skeptisch gegenüberstehen.“⁸⁶ Diese Parteien hätten die Bedeutung des Migrationsthemas verstanden, weil hier soziale und kulturelle Faktoren zusammenspielen – und weil die Forderung nach einer Begrenzung der Zuwanderung eine gesellschaftliche Mehrheitsmeinung darstelle.⁸⁷ Kurzum: Die AfD ist für das BSW der zentrale Konkurrent um die gleichen Wählergruppen, ist aber aus dessen Sicht besiegbare, wenn man ihre migrationspolitischen Positionen aufgreift und sie mit sozialpolitischen Forderungen verknüpft. In diesem

82. „Kommen Sie zu uns. Björn Höcke bietet Sahra Wagenknecht einen Platz in der AfD an“, in: *Tagesspiegel*, 25. Februar 2023, verfügbar auf: www.tagesspiegel.de.

83. Vgl. Compact 12/2022, Titelseite.

84. Vgl. H. Emmeler/D. Seikel, „Wer wählt ‚Bündnis Sahra Wagenknecht‘? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung“, Düsseldorf, 2024, S. 26.

85. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 28.

86. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 220.

87. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 226.

Zusammenhang verweist Wagenknecht in positiver Form auf Marine Le Pen, deren Partei im Unterschied zur AfD tatsächlich „ein Ende der Sparpolitik, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Investitionen des Staates und bessere soziale Leistungen“ fordere.⁸⁸ Möchte man die BSW-Strategie also überspitzt auf den Punkt bringen, dann soll das BSW die Zuwanderungspolitik der extremen Rechten adaptieren und mit einer linken Sozialstaatspolitik verbinden – so wie Le Pen in Frankreich.

Diese strategische Position beeinflusst auch den Umgang des BSW mit der Alternative für Deutschland. Nachdem im Januar 2024 ein Treffen von Rechtsextremisten in Potsdam bekannt geworden war, auf dem über die Abschiebung, Ausweisung und Deportation von Asylbewerbern sowie „nicht assimilierten“ deutschen Staatsbürgern diskutiert wurde, kam es in Deutschland zu groß angelegten Gegen-Demonstrationen. Über Monate hinweg gingen jede Woche Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern auf die Straße, um gegen Rechtsextremismus und die AfD zu demonstrieren. Wagenknecht schloss sich den antifaschistischen Demonstrationen nicht an und meldete stattdessen öffentlich Zweifel an deren Nutzen an.⁸⁹ Auch der verbreiteten Wahrnehmung, dass es sich bei der AfD um eine rechtsextreme Partei handle, trat Sahra Wagenknecht im Februar entgegen. Die AfD-Bundesvorsitzende Alice Weidel vertrete „keine rechtsextremen Positionen, sondern konservativ-wirtschaftsliberale“.⁹⁰ Dies war auch deshalb von Bedeutung, weil Weidels persönlicher Referent Roland Hartwig an dem Potsdamer Treffen teilgenommen hatte und in den Medien über weitere Verbindungen zu Weidel und zur AfD-Spitze berichtet wurde.⁹¹ Zuvor hatte Wagenknecht selbst in der Fernsehsendung „Markus Lanz“ eingeräumt, über Jahre hinweg in Kontakt mit dem Initiator des Potsdamer Treffens Gernot Mörig gestanden und diesen Jahre zuvor bei einem Abendessen getroffen zu haben, ohne von dessen rechtsextremem Hintergrund zu wissen.⁹²

Mit dieser Position unterscheidet sich das BSW deutlich von der Partei „Die Linke“ und anderen demokratischen Parteien in Deutschland – und bricht mit antifaschistischen Traditionen: Den für die politische Linke typischen Kampf gegen die extreme Rechte sieht Wagenknecht als strategisch hinderlich an, weil sie die gleichen Milieus ansprechen und deren Sympathisantinnen und Sympathisanten nicht vor den Kopf stoßen will. Die AfD zu stark zu kritisieren und als unwählbar darzustellen, so

88. Wagenknecht, *Die Selbstgerechten*, S. 228.

89. Vgl. „Sahra Wagenknecht hält Schwächung der AfD für unwahrscheinlich“, in: *Zeit Online*, 23. Januar 2024, verfügbar auf: www.zeit.de.

90. Zit. n. S. Krieger, „Keine rechtsextremen Positionen“: Wagenknecht verteidigt AfD-Chefin Weidel“, in: *Frankfurter Rundschau* (online), 27. Februar 2024, verfügbar auf: www.fr.de.

91. Vgl. J. Sternberg, „Alice Weidels immer engere Verbindungen zum Potsdamer Treffen“, in: *rnd.de*, 31. Januar 2024, verfügbar auf: www.rnd.de.

92. Vgl. P. Winkler, „Wagenknecht kennt Initiator von AfD-Treffen“, in: *ZDF heute*, 18. Januar 2024, verfügbar auf: www.zdf.de.

glaubt Wagenknecht, würde ihre Wählerinnen und Wähler umso mehr in ihre Arme treiben. Dies geht so weit, dass eine inhaltliche Zusammenarbeit im Einzelfall, beispielsweise bei der Unterstützung von AfD-Anträgen im Bundestag, nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen wird.⁹³ Das Ergebnis ist eine bewusste strategische Entscheidung mit weitreichenden Folgen: Indem das BSW die Alternative für Deutschland als ganz normale Konkurrentin behandelt – in Teilen ihre Politik lobt und ihr Personal in Schutz nimmt –, trägt es zur weiteren Normalisierung der extremen Rechten in Deutschland bei.

93. „Parteien: Wagenknecht: Werden AfD-Anträge nicht reflexartig ablehnen“, in: *Tagespiegel*, 26. Juni 2024, verfügbar auf: www.tagesspiegel.de.

Wagenknecht und die anderen: Führungspersonal und Strukturen

Wie gesehen, ist Sahra Wagenknecht nicht nur das öffentliche Aushängeschild der nach ihrer benannten Partei, sondern auch strategisch und programmatisch tonangebend. Hinter der Parteigründerin droht das sonstige Personal der Partei in der öffentlichen Aufmerksamkeit zu verschwinden. Trotz ihres Rufs als „One-Woman-Show“ ist es der neuen Partei aber gelungen, einige bekannte Persönlichkeiten aus der bisherigen Linkspartei zu gewinnen. Besondere Bedeutung kommt dabei der ehemaligen Fraktionschefin der Linken im Bundestag, Amira Mohamed Ali, zu, die als Co-Vorsitzende formal gleichberechtigt, *de facto* aber die Nummer 2 des BSW hinter Wagenknecht ist. Zusammen mit Generalsekretär Christian Leye ist sie unter anderem mit dem Aufbau der Parteistrukturen beschäftigt, während sich Wagenknecht um die Außendarstellung kümmert. Auch der ehemalige linke Finanzpolitiker Fabio de Masi konnte als Spitzenkandidat für die Europawahl eine gewisse mediale Aufmerksamkeit erzeugen. Mit Wagenknechts Ehemann Oskar Lafontaine und seinem langjährigen Mitstreiter Klaus Ernst sind auch zwei ehemalige Parteivorsitzende der Linkspartei zum BSW gewechselt. Sie repräsentieren den westdeutsch-populistischen Flügel der Linken, der sich 2004/05 aus Protest gegen die Sozialstaatsreformen der Regierung Schröder von der SPD abgespalten hatte. In gewisser Weise kann das BSW als Fortsetzung dieses Spaltungsprozesses angesehen werden.

Auffällig ist, auch angesichts der relativen Stärke der Partei in Ostdeutschland, dass alle genannten Personen – mit Ausnahme Wagenknechts – aus dem westdeutschen Teil der Linkspartei stammen und dort dem Wagenknecht-Lager angehörten. Das gilt auch für alle Bundestagsabgeordneten des BSW. Nur wenige prominente Persönlichkeiten in der Partei weisen einen anderen politischen Background auf. Dazu zählt der südwestdeutsche IT-Unternehmer Ralph Suikat, der als klassischer Quereinsteiger nicht aus der Parteipolitik stammt, sowie der ehemalige Oberbürgermeister der westdeutschen Großstadt Düsseldorf, Thomas Geisel, der bis vor kurzem der Sozialdemokratischen Partei angehört hatte und nun für das BSW ins Europaparlament eingezogen ist. Besondere Aufmerksamkeit erzeugte der überraschende Wechsel von Katja Wolf von der Linkspartei zum BSW. Die langjährige Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach stammt aus dem eher

pragmatischen Parteiflügel der Linken und damit nicht aus dem Wagenknecht-Lager.

Versucht man das Personal inhaltlich und mit Blick auf ihre politischen Ziele zu verorten, so fallen einige Unterschiede auf. Katja Wolf hat sich in den vergangenen Jahren mit progressiven Positionen in der Gesellschafts- und Umweltpolitik hervorgetan, die auch nach der Parteispaltung eher zur Linkspartei als zum BSW zu passen scheinen. Sie begründet ihren Parteiwechsel aber mit dem Ziel, der in Thüringen besonders starken AfD eine schlagkräftige und unbelastete Alternative entgegenzustellen.⁹⁴ Die Co-Vorsitzende Amira Mohamed Ali wiederum präsentierte sich in der Vergangenheit als Anhängerin einer offeneren Migrationspolitik und setzte sich gegen Abschiebungen ein, hat ihre Haltung aber inzwischen der von Sahra Wagenknecht angepasst.⁹⁵ Der Europa-Abgeordnete Thomas Geisel wiederum galt vor seinem Parteiwechsel als Vertreter des rechten SPD-Flügels und unterstützt vor allem die Außenpolitik und die Gesellschaftspolitik des BSW.

Für die Partei könnte sich ihre programmatische Heterogenität auf Dauer als Spaltpilz erweisen. Zwar wurden die unterschiedlichen Positionen bisher hinter das gemeinsame Ziel gestellt, die neue Formation durch Erfolge bei Wahlen zu etablieren. Der Rücktritt des saarländischen Landesvorsitzenden Randolph Jobst wenige Tage nach der Europawahl zeigt aber, dass es in der Partei durchaus Stoff für Konflikte gibt: Jobst hatte für seine Entscheidung die unklare Haltung der BSW-Spitze gegenüber der AfD angeführt.⁹⁶ Ob es dem BSW auf Dauer gelingt, sich im Parteiensystem zu behaupten, wird aber auch davon abhängen, wie schnell ein funktionierender Parteiapparat aufgebaut werden kann. Bisher setzt die Partei bewusst auf ein langsames und kontrolliertes Wachstum und versucht insbesondere, sich vor rechtsextremen und anderen Mitgliedern mit Störpotenzial zu schützen. Sie will nicht unterwandert werden. Zudem scheint Sahra Wagenknecht nicht den gleichen Fehler zu machen wie bei ihrem vorherigen „Aufstehen“-Projekt, das (auch) an organisatorischen Problemen scheiterte. Sie hat sich daher administrativ erfahrene Mistreiter ins Boot geholt, die bisher überlegt vorzugehen scheinen. Größere Skandale oder Peinlichkeiten, wie sie etwa die AfD wiederholt bei Kandidatenaufstellungen erlebte, sind bisher ausgeblieben.

94. Vgl. D. Muschenich, „Sie will zu Wagenknecht“, in: *Die Tageszeitung (taz)*, 24. Februar 2024, verfügbar auf: <https://taz.de>.

95. Vgl. M. Görmann, „Wagenknecht-Frontfrau ändert ihre Asyl-Meinung um 180 Grad: „Deutschland hat sich stark verändert“, in: *Der Westen*, 15. November 2023, verfügbar auf: www.derwesten.de.

96. Vgl. „Erster Rücktritt beim BSW“, in: *Süddeutsche Zeitung* (online), 14. Juni 2024, verfügbar auf: www.sueddeutsche.de.

Eine neue Kraft? Das BSW im Parteiensystem

Erste Erfolge – mit Luft nach oben? Wahlergebnisse des BSW

Zwar wurde über das mögliche Potenzial des Bündnis Sahra Wagenknecht schon vor dessen Gründung heftig diskutiert, teils auch auf Basis wissenschaftlicher Analysen. Einem ersten Test unterzogen sich diese Prognosen aber mit den Kommunalwahlen in Thüringen am 26. Mai 2024, also zwei Wochen vor den Europawahlen. Wie für ganz neue Parteien üblich, die sich noch im Aufbau befinden, trat die Partei nicht flächendeckend an und stellte sich nur in vier von 17 Landkreisen (Greiz, Sonneberg, Gotha, Wartburgkreis) für Gemeinde- und Kreisvertretungen zur Wahl. Dass sie auf teils zweistellige Ergebnisse kam, durfte sie aber als Erfolg bewerten.⁹⁷ In der Kleinstadt Bleicherode mit ca. 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern war Robert Henning für das BSW einer von zwei Kandidaten und konnte sich mit 56,6 Prozent der Stimmen gegen eine Bewerberin der CDU durchsetzen.⁹⁸ Das BSW hat damit in kürzester Zeit seinen ersten Bürgermeister ins Amt gebracht.

Als wirklicher Härtetest kann demgegenüber aber die Europawahl am 9. Juni 2024 angesehen werden, bei der die Wagenknecht-Partei flächendeckend antrat. Mit 6,2 Prozent der Stimmen und sechs Abgeordneten entsendet sie künftig die fünftgrößte deutsche Delegation nach Brüssel und Straßburg. Dabei gelang es dem BSW, je nach Bundesland Ergebnisse zwischen 3,8 Prozent (Bayern) und 16,4 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) zu erzielen. Die Partei konnte sowohl in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen punkten als auch in Flächenländern. Auch in anderen soziologischen Kategorien weist sie ersten Befragungen zufolge ein auffallend ausgeglichenes Profil auf: Das BSW wurde bei der Europawahl in nahezu allen Altersgruppen gleichermaßen gewählt, war bei Menschen ohne Abitur ähnlich beliebt wie bei Menschen mit Abitur und schnitt unter Arbeitern, Angestellten und Selbständigen ähnlich stark ab (nur etwas schlechter bei Beamten).⁹⁹ Entgegen mancher Wahrnehmung und

97. Vgl. „Kommunalwahl Thüringen: BSW in vier Kreistagen und mit einem Ortsbürgermeister“, in: *mdr.de*, 27. Mai 2024, verfügbar auf: www.mdr.de.

98. „Bei der Wahl-Premiere holt die Wagenknecht-Partei gleich ihren ersten Sieg“, in: *Welt*, 27. Mai 2024, verfügbar auf: www.welt.de.

99. Vgl. „Wer wählte das BSW - und warum?“, in: *tagesschau.de*, 10. Juni 2024, verfügbar auf: www.tagesschau.de.

Erwartungen ist das BSW damit, ebenso wie die „Linkspartei“ zu ihren Hochzeiten, keine ausgesprochene Arbeiterpartei (im soziologischen Sinn). Es schnitt in diesem Segment zwar bei den Europawahlen sehr viel stärker ab als die Partei „Die Linke“, aber deutlich schwächer als die AfD – und auf einem Niveau mit den Grünen, die vom BSW durchgehend als Partei der akademischen Großstadteliten dargestellt wurden. Gemessen an Umfragen vor der Wahl, nach denen die Wahlabsicht für das Bündnis Sahra Wagenknecht unter Arbeiterinnen und Arbeitern sowie unter Menschen ohne Abitur besonders stark ausgeprägt war, scheint die Partei also ihr Potenzial in diesen Segmenten (noch) nicht ausgeschöpft zu haben.¹⁰⁰ Dass das BSW (im Gegensatz zur AfD) stärker von Frauen als von Männern gewählt wurde (unter Frauen lag der Stimmenanteil des BSW bei 7 Prozent, unter Männern bei 5), mag auch mit der Parteigründerin zusammenhängen.

Dem Wählerprofil nach scheint das BSW mit seinem programmatischen Mix und der Ausstrahlung seiner Gründerin also tatsächlich Wählerinnen und Wähler aus allen Lagern anzusprechen. Dies legen auch die Wählerwanderungen bei der Europawahl nahe: Verglichen mit der vorherigen bundesweiten Wahl, der Bundestagswahl 2021, erhielt das BSW den größten Zulauf an Wählerinnen und Wählern aus dem linken Lager, von SPD (580.000) und „Die Linke“ (470.000). Aber auch insgesamt 490.000 Ex-Wählerinnen und Wähler der „bürgerlichen“ Parteien CDU/CSU und FDP gaben nun dem BSW ihr Kreuz. Von der AfD kamen „nur“ 160.000, nur leicht mehr als von Grünen und Nicht-Wählerinnen und Nicht-Wählern.¹⁰¹

Ausschlaggebende Faktoren für die BSW-Wahl scheinen vor allem die Person Sahra Wagenknecht sowie ihre Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik bzw. beim Thema „Friedenssicherung“ gewesen zu sein. Aber auch in der Gesellschaftspolitik stimmten BSW-Wählende mit der Position der Partei überein und gaben mit großer Mehrheit an, sich Sorgen über Themen wie den Islam, Kriminalität, fehlende Meinungsfreiheit und generell über gesellschaftliche Veränderungen zu machen. Als wichtigste Themen gaben BSW-Wählende Friedenssicherung (37 Prozent), Zuwanderung (25), Soziale Sicherheit (22) und Wirtschaftswachstum (10) an.¹⁰² In all diesen Dimensionen unterstützen die Wählerinnen und Wähler des BSW also offensichtlich das spezifische „linkskonservative“ Programm der Partei.

Besonders stark schnitt das BSW in Ostdeutschland ab, wo es Wagenknechts Ex-Partei „Die Linke“, früher als „Ostpartei“ bekannt, weit hinter sich lassen konnte: Während das BSW in Berlin 8,7 Prozent der

100. Vgl. Emmeler/Seikel, Wer wählt, S. 26.

101. Vgl. „Wie die Wähler wanderten“, in: *tagesschau.de*, 10. Juni 2024, verfügbar auf: www.tagesschau.de.

102. *Ibid.*

Stimmen erreichte, erzielte es in den fünf übrigen ostdeutschen Bundesländern jeweils zweistellige Ergebnisse. „Die Linke“ dagegen erreichte nur in Berlin und Thüringen mehr als fünf Prozent der Stimmen und steht kurz davor, sein früheres Kernland endgültig zu verlieren. Es scheint, dass der spezifische Politikmix des BSW aus Etatismus und Anti-Etatismus, „Normalismus“ und Kritik am Westen besonders gut zur politischen Kultur Ostdeutschlands passt. Zudem genießt Sahra Wagenknecht als ewige Rebellin gegen den Westen noch immer große Sympathien in ihrer früheren Heimat. Der aktuelle Kurs der Partei „Die Linke“ dagegen, der in hohem Maße auf soziale Bewegungen, progressive Gesellschaftspolitik und sozial-ökologische Reformen setzt, scheint die Präferenzen der breiten Bevölkerung in Ostdeutschland kaum mehr abzubilden. Setzt sich dieser Trend fort, dann droht „Die Linke“ zur Partei eines urban-linken Großstadtmilieus zu werden, die aber bei Wahlen in der Fläche keine Chance mehr hat, die übliche Fünfprozenthürde zu überspringen. Das BSW dagegen könnte die Rolle der ehemaligen PDS/Linkspartei in Ostdeutschland übernehmen.

Koalitionsfähig? Die Frage von Regierungsbeteiligungen

Sollte die Prognose tatsächlich eintreten, dann wird auf kurz oder lang auch die Frage einer Regierungsbeteiligung des „Bündnis Sahra Wagenknecht“ akut werden – mit einiger Wahrscheinlichkeit schon nach den anstehenden Landtagswahlen im Herbst. Dass Wagenknechts frühere Parteien, PDS und „Die Linke“, von ihren Konkurrenten lange Zeit für regierungsunfähig erachtet wurden, haben diese häufig mit dem Einfluss des Wagenknecht-Flügels begründet, der als linksextrem und außenpolitisch unzuverlässig wahrgenommen wurde.¹⁰³ Mit Blick auf Sahra Wagenknechts neue Partei wiederum liegen die Dinge etwas anders. Das hängt zum einen mit dem Programm der Partei zusammen, das zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Konkurrenz bereithält: Die Parteien links der Mitte könnten sich mit dem BSW wohl auf finanz- und sozialpolitischem Gebiet einigen, CDU und FDP eher in gesellschaftspolitischen Fragen sowie in der Klima- und Energiepolitik. Zum anderen lassen es die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse in Deutschlands Parlamenten ratsam erscheinen, die neue Partei nicht von Beginn an auszuschließen. Wenn im September in drei ostdeutschen Bundesländern ein neuer Landtag gewählt wird und die AfD dort tatsächlich, wie es Umfragen vorhersagen, stärkste Kraft wird, dann könnte die Wagenknecht-Partei zum Zünglein an der Waage werden – und zum notwendigen Partner, um eine AfD-geführte Regierung zu verhindern. Auch deshalb haben führende Landespolitiker wie der

103. Siehe dazu ausführlich T. Holzhauser, *Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990-2005*, Berlin/Boston, 2019.

thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow („Die Linke“) und der dortige CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt Offenheit für derartige Modelle signalisiert.¹⁰⁴ Allerdings erklärte der Bundesvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, nach der Europawahl, keine Zusammenarbeit mit dem BSW anzustreben, weil sich Wagenknecht „in einigen Themen rechtsextrem, in anderen wiederum linksextrem“ positioniere.¹⁰⁵ Ob diese Aussage auch nach den Wahlen noch gelten wird, bleibt abzuwarten.

Auch wenn sich der Wagenknecht-Flügel in der Linken traditionell kritisch gegenüber Regierungsbeteiligungen zeigte, so haben die Verantwortlichen des BSW eine solche Option nicht ausgeschlossen. Eine Rolle dürfte dabei spielen, dass sich das BSW als Mehrheitsbeschafferin einer Anti-AfD-Koalition einen zusätzlichen Legitimationsschub erhofft und schlagartig zum Bestandteil des „demokratischen Lagers“ werden könnte. Zwar zeigt sich die Partei in Teilen noch unsicher, ob man sich auch eine Zusammenarbeit mit den zum Feindbild Nummer 1 aufgebauten Grünen vorstellen könnte. Explizit ausgeschlossen hat die Partei aber nur eine Koalition mit den jeweiligen Landesverbänden der AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, die besonders weit rechts stehen. Jenseits der anstehenden Landtagswahlen im September sieht die Lage aber anders aus. Ein grundsätzliches Kooperationsverbot besteht für das BSW auch mit der äußeren Rechten nicht, wie die erwähnten Äußerungen von Wagenknecht zu Alice Weidel gezeigt haben. Vor allem auf kommunaler Ebene wird eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht generell ausgeschlossen.¹⁰⁶ Umgekehrt kann von der derzeitigen Diskussionslage in den Ländern nicht auf die Bundesebene geschlossen werden. Gerade die Positionen des BSW in der Europa-, Außen- und Sicherheitspolitik – Stichwort: Russland – machen es derzeit eher unwahrscheinlich, dass die Partei auch nach der nächsten Bundestagswahl als mögliche Regierungspartei auf Bundesebene infrage käme, sollte sie in den Bundestag einziehen. Aber auch in dieser Hinsicht ist die Lage im Moment unübersichtlich.

104. Vgl. K. Hoffmann, „Wagenknecht: Angebote von links und rechts“, in: *ZDF heute*, 3. April 2024, verfügbar auf: www.zdf.de.

105. Zit. n. „Koalition im Osten: Merz betont Distanz zu Wagenknecht“, in: *Zeit Online*, 11. Juni 2024, verfügbar auf: www.zeit.de.

106. Vgl. „AfD und BSW sind offen für Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene“, in: *Saarländischer Rundfunk*, 10. Juni 2024, verfügbar auf: www.sr.de.

Ausblick: Kann sich das BSW etablieren?

Wie gesehen, handelt es sich beim Bündnis Sahra Wagenknecht um keine neue linke Partei im klassischen Sinne, aber auch um keine eindeutig rechte Formation. Vielmehr repräsentiert das BSW einen neuen Typus populistischer Parteien in Europa, die sich jenseits des Links-Rechts-Gegensatzes positionieren und deren synkretistisches Programm sich bewusst an Wählerinnen und Wähler aus allen politischen Lagern wendet. Ob sich das Bündnis Sahra Wagenknecht damit als neuer Akteur im deutschen Parteiensystem etablieren kann, und ob es neben oder an Stelle der Partei „Die Linke“ tritt, ist auch nach den Europawahlen offen, hat es doch in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder Parteien gegeben, die zwar bei europäischen Wahlen oder in einzelnen Ländern erfolgreich waren, aber nicht den Sprung in den Bundestag schafften und früher oder später wieder von der Bildfläche verschwanden. Dass die Aussichten für das BSW besser sind als für andere Neugründungen der Vergangenheit, liegt nicht zuletzt an der politischen Gesamtsituation in Deutschland: Die Krise der Linkspartei setzt sich unvermindert fort. Zwischenzeitige Hoffnungen, die Partei könne vom Wagenknecht-Abgang profitieren und mit ihrem linksökologischen Kurs reüssieren, waren schon vor der katastrophalen Europawahl (2,7 Prozent der Stimmen) weitgehend verschwunden. Ob „Die Linke“ ihre Dauerkrise überlebt, scheint unwahrscheinlicher denn je. Stattdessen scheint sie ihre frühere Rolle im Osten an BSW und AfD verloren zu haben.

Das BSW profitiert aber auch von der Schwäche der anderen: Die auf Bundesebene regierende „Ampelkoalition“ aus Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten ist zerstritten und kann, nach derzeitigem Eindruck, weder in der Wirtschafts- und Sozialpolitik noch in der Gesellschaftspolitik das liefern, was die Wählerinnen und Wähler des BSW verlangen. Vor allem die Grünen werden inzwischen von großen Teilen des politischen Spektrums als Feindbild angesehen – eine aufgeladene Situation, die sich im Wahlkampf bereits in Fällen von Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker vor allem (aber nicht ausschließlich) der grünen Partei geäußert hat. Und auch die oppositionelle CDU/CSU sucht noch immer nach dem richtigen Kurs in der Post-Merkel-Ära. Dass der CDU-Chef Friedrich Merz als vergleichsweise wirtschaftsliberal gilt, spielt für die Aussichten des BSW als „linkskonservativer“ Partei eine Rolle, wendet sie sich doch ebenfalls an konservative Wählerinnen und Wähler, die aber stärker sozialstaatsorientiert sind. Das BSW kann von all diesen Problemen der Konkurrenz profitieren, indem es in einem komplizierten Spagat-Akt mit allen Armen und Beinen eine

der aufgetretenen Vertretungslücken abzudecken versucht. Die neue Partei gehört so zu den bisherigen Gewinnern der aktuellen gesellschaftlichen Situation und ihres populistisch-normalistischen Moments.

Angriffsflächen bietet – zumindest in der Theorie – auch die AfD, die seit Monaten von einem Skandal zum nächsten schlittert und noch immer regelmäßig Gegen-Demonstrationen hervorruft. Kann das Bündnis Sahra Wagenknecht also tatsächlich den Siegeszug der AfD aufhalten? Selbst politische Kommentatoren und Expertinnen, die unverdächtig sind, persönliche oder politische Sympathien für Sahra Wagenknecht zu hegen, haben in den vergangenen Monaten ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass genau das passieren könnte. Schon bevor Wagenknecht ihr Parteiprojekt gestartet hatte, konnte sie ihm auf diese Weise eine politische Legitimationsbasis verschaffen, die früheren Partei-Neugründungen fehlte. Das BSW galt in großen Teilen des politisch-medialen Diskurses als das kleinere Übel im Vergleich zur AfD. Gestützt wurde dies von Studien und Umfragen, wonach sich vor allem AfD-Wählerinnen und -Wähler mit linkeren und liberaleren Einstellungen, die nicht ganz so misstrauisch auf die Institutionen blicken, die Wahl des BSW vorstellen könnten.¹⁰⁷ Die Wagenknecht-Partei als Ausstiegsprogramm für AfD-Wähler?

Bisher scheint der erwartete, oder erhoffte, Effekt nicht – oder in sehr begrenztem Maße – eingetreten zu sein. Seit Gründung des BSW im Januar 2024 ist die AfD in bundesweiten Umfragen zwar wieder unter 20 Prozent gerutscht. Sie stellt aber noch immer die zweitstärkste Kraft dar, so auch bei der Europawahl. Bei den anstehenden Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Thüringen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die AfD jeweils stärkste Kraft wird – und das obwohl auch die Wagenknecht-Partei dort beste Aussichten hat, ebenfalls auf zweistellige Ergebnisse zu kommen. Gerade in Ostdeutschland (aber auch in Teilen des Westens) scheint das politische System genug Raum für zwei populistische Parteien zu lassen.

Kritikerinnen und Kritiker des Wagenknecht-Kurses haben daher schon vor der Parteigründung gewarnt, dass auch das Gegenteil des erhofften Effekts eintreten könne: Eine neue politische Partei, die mit ähnlichen Themen und Deutungsansätzen wie die AfD zur Protestwahl aufruft, könnte die Rechte sogar stärken, indem sie deren Themen und Interpretationen zusätzlichen Resonanzraum verschafft. Zudem würden sich auch die anderen Konkurrenten, durch das BSW und die AfD doppelt herausgefordert, genötigt fühlen, den vorgebrachten Themen noch größere Aufmerksamkeit zu schenken. Mit AfD und BSW hätte Deutschland dann zwei populistische, europa- und migrationskritische Parteien, die den Rest des Parteiensystems vor sich hertreiben und das politische Klima weiter anheizen. Die Europawahlen haben dieses Szenario wahrscheinlicher gemacht.

107. Vgl. Emmeler/Seikel, Wer wählt, S. 26.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- E. Keller, M. Krpata, J. Süß, [Europawahlen 2024 in Deutschland und Frankreich: Zwischen nationalem Reflex und vertiefter Integration](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 36, Juni 2024 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- M. Krpata, [German Ports and China: How to Reconcile Openness, Resilience and Security?](#), *Ifri's Studies*, April 2024 (Verfügbar auf Englisch und Französisch)
- J. Süß, [Germany's Strategy on Climate Foreign Policy: Balancing Sustainable Development and Energy Security](#), *Ifri Studies*, March 2024 (Verfügbar auf Englisch und Französisch)
- Florian Staudt, ["Jusqu'ici, tout va bien" ? Deutsche und Französische Protestkultur im Vergleich](#), *Ifri Studies*, Januar 2024 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- K. Mensah, B. Rudloff, [Von Ähren und Allianzen: Die Agrarpolitik Deutschlands, Frankreichs und der EU im Spannungsfeld von Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 35, Dezember 2023 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)



27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org